

„Der Gesundheitsfonds ist krank!“

Der Vorsitzende des Verbands der Praxisnetze (vdpn), Dr. Siegfried Jedamzik, kündigte auf einer Pressekonferenz in Berlin eine groß angelegte Unterschriftenaktion gegen den Gesundheitsfonds an. Ärzte und Apotheker könnten die Listen im Internet herunterladen und für ihre Patienten auslegen.

„Der Fonds ist krank! Todkrank!“, sagte Jedamzik. Problematisch sei vor allem die völlige Abschaffung der Dezentralität. Dies zerstöre die gewachsenen, tragfähigen regionalen Strukturen. „Der Fonds verbessert daher keineswegs das Gesundheitswesen. Er ist lediglich ein bürokratisches Umfinanzierungsinstrument“, so der Verbandsvorsitzende.

Dr. Gabriel Schmidt, erster stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB), betonte: „Bei den Honoraren ist die Anpassung des Ost- an das Westniveau selbstverständlich. Doch es darf nicht sein, dass diese Anpassung letztlich auch zu Lasten der Patientenversorgung und der Honorare der niedergelassenen bayerischen Ärzte und Psychotherapeuten geht.“ Die Konvergenzklausel käme zwar den Kassen zugute, nicht aber den Ärzten und Psychotherapeuten. Schmidt fragte in die Runde: „Kennen Sie nur eine Berufsgruppe, wo eine Gehaltsanpassung in den östlichen Bundesländern zu Lasten der anderen durchgeführt wurde?“ Keine Gewerkschaft würde dies zulassen. Folgerichtig sei die Beschlusslage auf Ebene der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV): Eine Honorarerhöhung im Osten zu Lasten anderer Bundesländer darf es nicht geben.

Schmidt präsentierte aufschlussreiche Zahlen und Fakten: Der Gesundheitsfonds würde den niedergelassenen Ärzten und Psychotherapeuten im Freistaat Bayern einen Verlust von bis zu 500 Millionen Euro bescheren. „Mit 500 Millionen Euro können wir beispielsweise ein Jahr lang die ärztliche und psychotherapeutische Versorgung aller Kinder und Jugendlichen in ganz Bayern finanzieren“, veranschaulichte er die enorme Summe.

Schmidt sieht den Fonds als Gleichmacherei, die niemandem diene. „Der ‚Bundesbrei‘ lässt den Kostenträgern zu wenig Luft, vorbildliche regionale Verträge fortzuführen und zu vereinbaren“, kritisierte er. „Unser Ziel ist es, dass regionale Programme bundesweit erhalten werden können. Damit können wir unseren

Patienten die hohe Versorgungsqualität weiter gewährleisten.“ Außerdem forderte er, dass die Mittel aus dem Fonds unbedingt zweckgebunden deklariert werden müssen. „Es gehört jetzt Mut dazu, ‚Stopp!‘ zu sagen, um den Zug, der in die falsche Richtung fährt, aufzuhalten“, so Schmidt abschließend zum Gesundheitsfonds.

Auch Heinz Windisch, Präsident des Verbandes der Krankenversicherten Deutschlands, sprach sich entschieden gegen den Fonds aus. „Klarer Verlierer sind zunächst die Versicherten!“ Die Versicherten der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) würden noch immer darauf warten, dass die Bundesgesundheitsministerin endlich ihr Versprechen einlöse, die Beitragsätze der GKV zu senken. Im Gegensatz dazu

werde der bundesweit einheitliche Beitragssatz bei der Einführung des Fonds 2009 noch über den bisherigen Sätzen liegen.

Der Kritik am Gesundheitsfonds schloss sich auch Christine Donner, Geschäftsführerin des Bundesverbandes für Ergotherapeuten in Deutschland, an. Sie forderte, stärker als bisher auch die Leistungsseite der Krankenversicherung anzusehen und nicht immer nur die Finanzierungsseite zu betrachten. „Wir fordern eine wettbewerbliche Weiterentwicklung der GKV mit dem Ziel der Erhöhung von Qualität, Effektivität und Effizienz der Versorgung anstelle eines Gesundheitsfonds“, so Donner.

Susanne Weckmann (KVB)

Initiative mit Rückenwind

Die von der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) gestartete Initiative „Gesundheitsfonds – So nicht!“ findet immer mehr Unterstützung. Mitte Juni hatten sich bereits mehr als 50 000 Menschen online oder auf den in vielen Praxen Bayerns und Baden-Württembergs ausliegenden Unterschriftenlisten eingetragen. Nach wie vor treffen bei der KVB täglich Nachbestellungen für Flyer und Plakate ein.

Ende Juni ist in Bayern ein weiterer wichtiger Bestandteil der Kampagne online gegangen – der so genannte „Pulsmesser Politik“. Dabei sollen alle 180 Abgeordneten des Bayerischen Landtags einen kurzen Fragebogen beantworten. Unter anderem geht es dabei darum, inwiefern sie sich bereits mit dem Thema Gesundheitsfonds auseinandergesetzt haben, wie sie das Projekt bewerten und auf welche Weise sie Verschlechterungen der medizinischen Versorgung der Patienten in Bayern verhindern wollen. Zum Schluss wird es konkret, denn die Politiker sollen die Frage beantworten, ob sie sich namentlich in die Unterstützerliste der Kampagne „Gesundheitsfonds – So nicht!“ eintragen werden. Alle Antworten der Politiker werden auf der Kampagnen-Homepage www.gesundheitsfonds-so-nicht.de veröffentlicht. „Wir sind dagegen, dass die Menschen in Bayern künftig höhere Krankenkassenbeiträge zahlen sollen und dafür weniger Leistungen erhalten. Mit dem ‚Pulsmesser Politik‘ möchten wir ergründen, wie Bayerns Politiker dazu stehen. Wir sind zuversichtlich, dass sich viele von ihnen an der Aktion beteiligen. So können sich alle Interessierten ein realistisches Bild der Meinungen und Positionen unserer gewählten Volksvertreter machen“, so Dr. Axel Munte, Vorstandsvorsitzender der KVB.

Auch aus Sicht der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) ist man mit der bisherigen Resonanz sehr zufrieden, allein 30 000 Unterschriften von Unterstützern kommen aus Baden-Württemberg. „Wir freuen uns über die breite Zustimmung und sammeln weiter“, erklärt Dr. Achim Hoffmann-Goldmayer, Vorsitzender des Vorstandes der KVBW. „Wir bitten die Bürger nicht nur um ihre Unterschrift: Vor allem informieren wir über die negativen Auswirkungen des Gesundheitsfonds und der Honorarreform für die medizinische Versorgung in Baden-Württemberg und Bayern. Die Bürger und Patienten befürchten, genau wie wir, dass durch die Umverteilungswirkung des Gesundheitsfonds und mit Wirksamwerden der Honorarreform ab 2009 zu viel Geld aus der medizinischen Versorgung in Süddeutschland abfließt.“

Martin Eulitz (KVB)

Familienförderung bei der KVB

Ohne Frage gibt es noch viel zu tun bei der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB), um das erklärte Ziel zu erreichen, wie ein modernes, service-orientiertes Unternehmen zu agieren. Die KVB verfügt jedoch heute schon über Bereiche, die in diesem Sinne funktionieren. So waren Ende Mai auf Einladung der Industrie- und Handelskammer (IHK) Vertreter renommierter Firmen wie Siemens, EADS und MTU bei der KVB in München zu Gast, um sich zum Thema familienorientierte Personalpolitik auszutauschen.

KVB-Personalleiterin Hede Gesine Fink stellte die umfangreichen Maßnahmen und Projekte zum Thema Familienförderung vor, die bei der KVB innerhalb der letzten zweieinhalb Jahre gestartet worden sind. Ausgangspunkt ihres Vortrags war ein Zitat des Vorstandsvorsitzenden der KVB, Dr. Axel Munte, die KVB zur familienfreundlichsten Körperschaft Deutschlands zu machen. Mit dem Begriff „Familie“ ist dabei mehr als nur Kinderbetreuung gemeint, so Fink: „Wenn unsere Mitarbeiter sich um pflegebedürftige Eltern oder kranke Enkelkinder kümmern möchten, wollen wir ihnen das im Rahmen unserer betrieblichen Familienpolitik ebenso ermöglichen, wie einer Mutter, die ihr krankes Kind betreut.“ Zum Beispiel mit Tele- und Remotearbeitsplätzen: Insgesamt 170 KVB-Mitarbeiter nutzen derzeit die Gelegenheit, zumindest zeitweise von zu Hause aus zu arbeiten.

Keine Familienförderung zu betreiben, so Fink, sei für ein Unternehmen außerordentlich teuer. Die KVB müsste lange Ausfallzeiten – vor allem von hoch motivierten und hoch qualifizierten Frauen – sowie Überbrückungskosten für deren Vertretungen finanzieren. Darüber hinaus werde es ohne entsprechende Angebote schwierig, leistungsfähige Nachwuchskräfte zu gewinnen. „Work-Life-Balance“ heißt die Zauberformel, mit der die KVB nicht nur junge, gut ausgebildete Frauen überzeugen will. Gemeint ist damit ein ausgewogenes Verhältnis von Arbeit, Gesundheit und der Erfüllung persönlicher Ziele. Das Work-Life-Balance-Konzept der KVB steht auf verschiedenen Säulen, eine davon ist die Familienförderung. Hierbei spielt besonders das Thema Schwangerschaft und Wiedereingliederung in das Unternehmen eine Rolle. „Die durchschnittliche Dauer der Elternzeit unserer Mitarbeiterinnen betrug vor Einführung unserer Familienförderung 36 Monate. Jetzt sind es im Schnitt 26“, erklärte Fink.

Angelika Fauth-Herkner, Leiterin eines Beratungsunternehmens für Personalmanagement ergänzte: „Führungskräfte müssen die Balance zwischen fachlicher Zielerreichung einerseits und einem leistungsfördernden Klima im Team andererseits finden. Letzteres ist eng verbunden mit dem Verständnis der Führungskräfte für die familiäre Situation ihrer Teilzeitkräfte.“ Eine Politik der offenen Tür, regelmäßig stattfindende Mitarbeitergespräche und der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses seien die Voraussetzung dafür, dass das Team Entscheidungen hinsichtlich der Arbeitszeitbedürfnisse einzelner Kollegen mittrage. Der Ratschlag der Expertin: Beobachten und zuhören können.

Marion Munke (KVB)



KVB-Personalleiterin Hede Gesine Fink (re.) begrüßt Elfriede Kersch, Volkswirtschaftlerin und Fachfrau für familienfreundliche Personalpolitik bei der IHK München.

Anzeige



Fortbildung mit Mehrwert!

für Klinik & Praxis

Wir freuen uns auf Ihren Besuch:
www.maxtor-tagung.de – Tel: 0911_93 757-28

Auszug aus dem aktuellen Seminarprogramm

Marketing und Kundenorientierung in der Praxis/Klinik
15. Oktober 2008, 10:00 – 19:00 Uhr
Referentin: Annamaria Sisignano, Kommunikation Uniklat

Patientenverfügungen und Vorsorgevollmachten
28. Oktober 2008, 9:30 – 18:30 Uhr
Referentin: Ute Coulmann, Rechtsanwältin

Führen und Motivieren
07./08. November 2008, 9:30 – 18:30 Uhr
Referentin: Sabine Heck, trainingsraum

Privatliquidation trotz Chipkarte
12. November 2008,
14:30 – 19:30 Uhr
Referenten: Thorsten Wolf,
Andreas Friederich,
MEDIKOST-Net

Fordern Sie ausführliche Themenpläne und weitere Informationen an:

Maxtor Tagungszentrum
Maxfeldstraße 5, 90409 Nürnberg
info@maxtor-tagung.de

